

Ja zu «Haut de Cry»

Das am 1. Mai 1993 eröffnete Pflegeheim «Haut de Cry» der Gemeinden Ardon, Conthey und Vétroz bietet gegenwärtig Platz für 75 Heimbewohner. Der Belegungsgrad liegt bei über 99 Prozent. Die Vergrößerung des Pflegeheims, mit der Platz für 27 neue Langzeitpflegebetten, 10 neue Kurzaufenthaltsbetten und 15 neue Tagesstrukturplätze geschaffen werden soll, fügt sich nahtlos in die Langzeitpflegeplanung 2010–2015 ein. Die Gemeinden beteiligen sich finanziell stark an den Investitions- und Betriebskosten. Der Ausbau kostet knapp 20 Millionen Franken. Der Kanton Wallis wird sich mit 4,6 Millionen Franken beteiligen. Im Parlament sprach sich niemand gegen das Projekt aus. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten zeigte sich erfreut, mahnte aber das Parlament bereits gestern, dass man dann im Hinblick auf das Budget 2015 auch berücksichtigt, dass Alters- und Pflegeheime im Betrieb Geld kosten.

Kampagnen geplant

Die Linksallianz kritisiert in einer Interpellation, dass junge Homosexuelle deutlich häufiger (nämlich zweibis fünfmal) versuchen, sich das Leben zu nehmen, als junge Heterosexuelle. Sie fordert Massnahmen. Es gibt laut Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten ein Interventionsprogramm. Eine Studie über Homosexuelle im Wallis schlägt verschiedene Aktionspfade vor. Es gibt auch bereits spezielle Präventionsprogramme für sexuelle Minderheiten. Weitere Kampagnen sind geplant.

Mehr Jugend- psychiater?

Im Wallis gibt es immer mehr Jugendliche mit schier unlöslichen Berufs-, Familien-, Beziehungs- oder anderen Problemen. Die CVP Unterwallis verlangt Massnahmen. Auch die Tatsache, dass es im ganzen Wallis nur einen einzigen Psychiater gibt, der entscheiden kann, ob ein Jugendlicher in einer Anstalt untergebracht wird oder nicht. Laut Waeber-Kalbermatten besteht kein Handlungsbedarf. Für den Notfall ist immer ein Arzt im Spital. Man setzt auf die ambulante Betreuung, damit man einen Jugendlichen nicht aus seiner gewohnten Umgebung reissen muss. Geplant ist auch eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt.

GROSSRAT MORGEN

Heute macht das Walliser Parlament Pause. Die Beratungen gehen morgen wieder weiter. Auf der Traktandenliste steht dann unter anderem die zweite Lesung des Gesetzes über den Tourismus. Die Debatten können ab 9.00 Uhr live auf Kanal9 verfolgt werden.

Grosser Rat | Das Parlament will von einer Wachstumsbremse nichts wissen

«Wir sind nicht zu dick»

SITTEN | Eine klare Mehrheit aus Linksallianz und CVP will in der Kantonsverfassung keine Wachstumsbremse verankern. Eine Initiative der Liberalen wurde klar abgelehnt.

Laut Philippe Nantermod (FDP/Liberale) muss im Jahr 2020 jeder Walliser und jede Walliserin einen ganzen Tag arbeiten, um den Kanton Wallis dann noch finanzieren zu können: «Die Freiheit der Bürger ist damit gefährdet. Die öffentliche Maschine darf nicht mehr schneller wachsen als die Wirtschaft. Wenn wir nichts tun, werden die Schulden massiv steigen. Es braucht eine neue Bremse.» Auch für Paul Biffiger (SVPO) gibt es keinen Grund, dass der Staat immer mehr ausgibt: «Das Wachstum der Staatsausgaben ist besorgniserregend.»

CVP teilt die Sorgen – ist aber dagegen

Mehr Unterstützung gibt es für die Initiative nicht. Die Gegner sind klar in der Überzahl. Neben der Linksallianz stellen sich auch alle vier C-Fraktionen gegen die Zweckmässigkeit. Mischa Imboden (CVPO) teilt zwar die Sorgen der FDP/Liberalen. Aber bereits die Ausgaben- und Schuldenbremse schränken den finanziellen Spielraum extrem ein. Weitere Massnahmen wären gefährlich. Die Massnahmen der CVPO wie die Kürzung der Lehrerstunden, ein Personalaudit, die Reduktion der Subventionierung der Krankenkassenprämien oder eine Steueramnestie würden viel grössere Wirkung haben. Pascal Dubosson (CVPU) will keine dritte Bremse: «Die Unternehmen hätten so in einer Wirtschaftskrise keine Unterstützung.» David Théoduloz (CVPM) betont, dass die Initiative im Grundsatz



Chancenlos. Philippe Nantermod (links) und Marcel Delasoie konnten im Parlament nur auf die Unterstützung der beiden SVP-Fraktionen zählen.

FOTO WB

nicht schlecht ist: «Aber ein Staat muss Prioritäten und Schwerpunkte setzen können, auch finanziell. Warum schlagen die Initianten nicht vor, eine solche Wachstumsbremse in ihren Gemeinden einzuführen.» Für Diego Clausen (CSPO) ist es ein Fakt, dass die Ausgaben massiv steigen: «Wir müssen aber unsere Ausgaben hinterfragen. Es darf dabei keine heiligen Kühe mehr geben. Es braucht strategische Überlegungen. Wieso stellt man nicht den ETH Campus zurück?»

Die Grünen gehen in die Gegenrichtung

Marylène Volpi Fournier (Grüne) fragt, ob man den Staat einfach so zurückdrängen kann: «Es ist wohl eher ein Angriff auf den öffentlichen Dienst. Der ist schlank. Wir müssen bei den Aufgaben und Strukturen mit offenen Karten spielen. Es

braucht eine Lockerung der Investitionsbremse, auch aufgrund der historisch tiefen Zinsen.» Die Grünen haben bereits angekündigt, dass sie eine Initiative zur Lockerung der Ausgaben- und Schuldenbremse lancieren werden.

Alex Schwestermann, Präsident der Finanzkommission (FIKO), befürchtet, dass der finanzielle Spielraum noch weiter eingeschränkt wird. Auch er anerkennt, dass nicht alle Überlegungen der Initianten falsch sind: «Das Parlament muss sich aber auch klar werden, dass es mit Mehreinnahmen allein nicht geht. Die Leistungen müssen angepasst werden.»

«Schwindet darum unsere Freiheit?»

Finanzminister Maurice Tornay zeigt sich überrascht, dass ein Ausgabenwachstum die Freiheit einschränken soll: «Das ist

ein emotionsgeladener Slogan. Schwindet unsere Freiheit bei einem Wachstum des Staats? Wie wollen aber die Initianten 500 Millionen Franken an Ausgaben weniger begründen. Das wären auch weniger Leistungen. Wo sind wir zu «fett»? Bei der Gesundheit, im Tourismus, in der Bildung?» Tornay gab die Antwort gleich selber: «Nein, wir sind nicht zu dick.»

Natürlich müsse man Prioritäten setzen. Das Problem der wachsenden Ausgaben sei ein legitimes Anliegen. Die Regierung wolle das ja auch, habe ja bereits Massnahmen vorgelegt: «Es wird sicher einschneidende Massnahmen benötigen. Eine Wachstumsbremse würde aber auch einen enormen Druck auf die Gemeinden auslösen.»

Mit 75 Nein gegen 47 Ja und drei Enthaltungen wurde die Zweckmässigkeit der Initiative verneint.

hbi

Kein Stimmrecht für Ausländer

Vier Grossräte der Linksallianz, der CVPO, der CVPU und der FDP/Liberalen wollen mittels einer Motion ein fakultatives Stimmrecht auf Gemeindeebene für alle.

Es ist ein heikles Thema. Die SVPO ist klar dagegen. «Bern und Zürich haben wichtig gegen ein solches Stimmrecht Nein gesagt. Ausländer, die mitbestimmen wollen, sollen sich integrieren und dann einbürgern lassen», betont SVPO-Grossrat Franz Ruppen. Es wäre nur ein erster Schritt, und dem fakultativen würde schon bald das obligatorische Stimmrecht folgen.

Die CVPU ist für den gleichen Weg. Laut Pascal Dubosson (CVPU) müssen sich Ausländer halt entscheiden, ob sie Schweizer werden wollen oder nicht. Für Grégory Logean (SVPU) geht es ebenfalls nur über eine Einbürgerung. Beat Rieder (CVPO) spricht sich auch dagegen aus. Man bürge in dieser Woche 550 Ausländerinnen und Ausländer ein. «Mit einem Stimmrecht für Ausländer würden wir also ein schlechtes Zeichen geben. Politische Rechte gibt es nur zusammen mit der Staatsbürgerschaft.»

Die CVPO wendet sich damit gegen Fraktionskollege Francesco Walter. Auch die CVP Mittelwallis folgt ihrem Fraktionsmitglied Serge Métrailler nicht.

Jérémie Pralong (Linksallianz) setzt sich vergeblich für die Motion ein. Ein Stimmrecht für Ausländer wäre ein Mittel der Integration. Francesco Walter (CVPO) versucht zu retten, was nicht zu retten ist: «Mit dem Frauenstimmrecht ist die Schweiz auch nicht untergegangen. Setzen wir ein Zeichen für ein offenes und modernes Wallis.» Unterstützung gabs auch von Marylène Volpi Fournier. Sie gebe sich aber keinen Illusionen hin. Veränderungen gebe es nur sehr schleppend. Mit 95 Nein und 31 Ja und einer Enthaltung wurde die Motion klar abgelehnt.

hbi

Kapitalsteuern | Das Parlament stimmt Vorstössen zu, die Steuern für Unternehmen zu senken

«Mit dem Giesskannenprinzip...»

SITTEN | Unternehmen sollen weniger Kapitalsteuern zahlen.

Die SVPU und die FDP/Liberalen wollen den Gesellschaften mit Sitz im Wallis ermöglichen, 50 Prozent der im Vorjahr bezahlten Kapitalsteuer von der jährlichen Gewinnsteuer abzuziehen. «Man muss die Unternehmen fördern, aber so geht es nicht», kritisierte Niklaus Furger (CVPO). Visp habe und werde noch auf viele Steuermillionen verzichten, um neue Firmen anzusiedeln. Aber die Massnahmen müssten gezielt erfolgen: «Mit dem Giesskannenprinzip geht es nicht. Weitere wichtige Mittel werden dem Kanton und den Gemeinden entzogen. Das Postulat hat schon fast schizophrene Züge.» Der Mehrheit war das egal. Das Postulat wurde auch gegen die Meinung der Regierung mit 69 Ja zu 47 Nein und einer Enthaltung angenommen und zum Vollzug überwiesen.

Die FDP/Liberalen wollen auch noch eine Reduktion der Kapitalsteuer für juristische

Personen erreichen. Auch hier stimmte das Parlament mit 64 Ja zu 42 Nein und drei Enthaltungen zu. Sollte das Postulat so umgesetzt werden, würde das Steuereinkommen zwischen 4,5 und 11,7 Millionen Franken für den Kanton und ebenso viel für die Gemeinden bringen. Eine Halbierung der Kapitalsteuern würde beispielsweise der Gemeinde Visp jährlich eine Million Franken weniger in die Kasse spülen.

Ein Postulat der FDP/Liberalen, der CVPO und der SVPU will eine Innovationsförderung durch Rückstellungsbildung ermöglichen. Dafür müsste das Steuergesetz revidiert werden. Der Vorstoss widerspricht laut Staatsrat Tornay dem Bundesgesetz. Für die Linksallianz will man einfach ein neues Mittel für eine Steuererleichterung für die Unternehmen. Auch dieses Postulat wird trotzdem mit 57 Ja zu 52 Nein und einer Enthaltung angenommen. Ein Postulat zur Innovationsförderung durch Teilhabungsabschreibung wurde hingegen mit 59 Nein zu 55 Ja abgelehnt.



Der falsche Weg. Niklaus Furger (links, mit CVPO-Fraktionskollege Guido Walker) wehrte sich vergeblich für überbordende Steuererleichterungen für Unternehmen.

FOTO WB

Die Steuerverwaltung dezentralisieren

Die CVPO und die FDP/Liberalen wollen mittels Postulat eine Dezentralisierung der kantonalen Steuerverwaltung. Die Postulanten fordern den Staatsrat daher auf, im Minimum die Einschätzerinnen und Einschätzer

sowie die Revisorinnen und Revisoren, welche für das Oberwallis respektive das Unterwallis zuständig sind, in die entsprechende sozioökonomische Region umzusiedeln. Offenbar gab es bereits 1992 eine Studie, die zum Schluss kam, dass dies einfach realisierbar wäre. Of-

fenbar fehlte damals der Mut zur Umsetzung. Die Studie soll jetzt aus der Schublade, fordert Aron Pfammatter (CVPO): «Die Dezentralisierung wäre kostenneutral und zudem würde die Verwaltung damit bürgernäher.» Das Postulat wurde nicht bekämpft.

hbi